

## Die Arbeitsteilung der Orthodoxie: zur Studie "Spitzenforschung und Politikberatung" in der Wirtschaftswissenschaft aus feldtheoretischer Perspektive

Sander, Henrike

Veröffentlichungsversion / Published Version  
Arbeitspapier / working paper

### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Sander, H. (2014). *Die Arbeitsteilung der Orthodoxie: zur Studie "Spitzenforschung und Politikberatung" in der Wirtschaftswissenschaft aus feldtheoretischer Perspektive*. (ZÖSS Discussion Paper, 44). Hamburg: Universität Hamburg, Fak. Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, FB Sozialökonomie, Zentrum für Ökonomische und Soziologische Studien (ZÖSS). <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-59860-0>

### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Henrike Sander

# Die Arbeitsteilung der Orthodoxie

**Zur Studie „Spitzenforschung  
und Politikberatung“ in der  
Wirtschaftswissenschaft aus  
feldtheoretischer Perspektive**

.....  
ZÖSS

ZENTRUM FÜR ÖKONOMISCHE  
UND SOZIOLOGISCHE STUDIEN

Discussion Papers

ISSN 1868-4947/44  
Discussion Papers  
Hamburg 2014



# **Die Arbeitsteilung der Orthodoxie**

**Zur Studie „Spitzenforschung und  
Politikberatung“ in der  
Wirtschaftswissenschaft aus  
feldtheoretischer Perspektive**

Henrike Sander

Discussion Paper  
ISSN 1868-4947/44  
Zentrum für Ökonomische und Soziologische Studien  
Universität Hamburg  
Juli 2014

**Impressum:**

Die Discussion Papers werden vom Zentrum für Ökonomische und Soziologische Studien veröffentlicht. Sie umfassen Beiträge von am Fachbereich Sozialökonomie Lehrenden, NachwuchswissenschaftlerInnen sowie Gast-ReferentInnen zu transdisziplinären Fragestellungen.

**Herausgeber/Redaktion:**

Zentrum für Ökonomische und Soziologische Studien (ZÖSS)  
Kathrin.Deumelandt@wiso.uni-hamburg.de  
Fachbereich Sozialökonomie  
Universität Hamburg – Fakultät WISO  
Welckerstr. 8  
D – 20354 Hamburg

Download der vollständigen Discussion Papers:  
<http://www.wiso.uni-hamburg.de/fachbereiche/sozialoekonomie/forschung/zoess/publikationen/discussion-papers/>

## 1. Wirtschaftswissenschaftliche Spitzenforschung und Politikberatung

Die hier diskutierte Studie (Haucap & Mödl 2013) befasst sich mit der wirtschaftspolitischen Anwendbarkeit wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsleistungen. Gemeint ist damit das Vorkommen wirtschaftspolitisch relevanter Themen in der wirtschaftswissenschaftlichen Forschung wie auch das Vorkommen wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsergebnisse in der wirtschaftspolitischen Praxis. Ihren Ausgang nimmt die Studie im sog. Ökonomenstreit, wie er im Zuge der letzten globalen Finanz- und Wirtschaftskrise entbrannte und als dessen Kern hier die Debatte um die methodische und inhaltliche Ausrichtung der Ökonomie als Wissenschaft fokussiert ist. Da sich diese Debatte nach Einschätzung der Verfasser meist auf „Datenbasis des persönlichen Erfahrungsschatzes“ (ebd.: 1) abspielt, will die Studie einige empirische Belege beisteuern. Als Untersuchungsgegenstand nimmt sie sich dazu die wirtschaftswissenschaftliche Spitzenforschung und die wirtschaftswissenschaftliche Politikberatung und ebenso deren Verhältnis zueinander vor. Die empirische Datenbasis umfasst den Zeitraum 2005-2010.

Das Vorkommen wirtschaftspolitisch relevanter Fragestellungen in der wirtschaftswissenschaftlichen Spitzenforschung misst die Studie anhand einer Inhaltsanalyse wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsartikel, konkret sind es 2110 Artikel von Forschern<sup>1</sup> an deutschsprachigen Institutionen in fünf ausgewählten Fachzeitschriften: *American Economic Review*, *Journal of Political Economy*, *Quarterly Journal of Economics*, *Economic Journal*, *Journal of the European Economic Association*.

Zur Untersuchung des Vorkommens wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsergebnisse in der wirtschaftspolitischen Praxis wurden zunächst die universitären Ökonomen erfasst, die zwischen 2005-2009 wirtschaftswissenschaftliche Gutachten und/oder Stellungnahmen zu öffentlichen Anhörungen für wirtschaftspolitische Ministerien verfassten, namentlich für die Bundesministerien Arbeit und Soziales, Finanzen, Wirtschaft und Technologie, sowie die universitären Ökonomen, die zwischen 2008-2009 Beiträge für den Wirtschaftsdienst<sup>2</sup> verfassten. Ergänzt wurde dieser Personenkreis um die institutionellen Mitglieder des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Die so operationalisierte „Politikberatung“ wurde zur Spitzenforschung ins Verhältnis gesetzt, indem als Indikator für wirtschaftswissenschaftliche (Spitzen-)Forschungsleistung das Handelsblatt-Ökonomen-Ranking 2010 herangezogen wurde, konkret die VWL-Rankings „Top 100 aktuelle Forschungsleistung“ und „Top 250 Lebenswerk“ sowie die BWL-Rankings „Top 200 aktuelle

---

<sup>1</sup> Hier und im Folgenden sind mit den Begriffen „Forscher“, „Ökonom“, „Volkswirt“ u. ä. die weiblichen Bezeichnungen stets mitgemeint.

<sup>2</sup> Der Wirtschaftsdienst ist eine Zeitschrift des Leibniz-Informationszentrums Wirtschaft (ZBW) und publiziert nach eigenen Angaben „Beiträge von namhaften Autoren aus Wissenschaft, Politik und Praxis zu aktuellen Themen der Wirtschafts- und Sozialpolitik in Deutschland und der Europäischen Union“, s. [http://www.wirtschaftsdienst.eu/ueber\\_uns/index.php](http://www.wirtschaftsdienst.eu/ueber_uns/index.php). Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft.

Forschungsleistung“ und „Top 200 Lebenswerk“. Anhand dessen wurde verglichen, ob bzw. auf welchem Rang die politikberatenden Ökonomen in den besagten Handelsblatt-Rankings zu finden sind, in diesem Sinne also zu den Spitzenforschern zählen.

In ihrem Ergebnis befindet die Studie ein eher substitutives als komplementäres Verhältnis von Spitzenforschung und Politikberatung deutscher akademischer Ökonomen. Lediglich in jedem fünften Forschungsartikel wurde ein besonderer Bezug zu spezifischen Problemen der Wirtschaftspolitik oder Ökonomie gefunden; von den politikberatenden VWL-Professoren waren 94% nicht unter den 100 aktuell forschungsstärksten Ökonomen, weder innerhalb des Untersuchungszeitraums noch in früheren Jahren (vor 2005). Zusammenfassend konstatieren die Verfasser ein starkes Maß an Arbeitsteilung zwischen den in der Spitzenforschung und den als Politikberater tätigen akademischen Ökonomen. Die aus diesem Befund gefolgerten Handlungsempfehlungen richten sich an Möglichkeiten zur Effizienzsteigerung dieser Arbeitsteilung mit dem Ziel einer effizienteren Verzahnung wirtschaftswissenschaftlicher Forschung und wirtschaftspolitischer Beratung. So könnten forschende Ökonomen durch monetäre Anreize zu Beratungstätigkeiten motiviert werden; es könnten institutionell begünstigende Bedingungen für die Vereinbarkeit von Forschung und Beratung geschaffen werden; auch könnten immaterielle Anreize im Sinne einer Steigerung des Reputationsgewinns, der durch wirtschaftspolitisch relevante Aktivitäten zu erlangen ist, gesetzt werden.

Bis hier hin und unter dem Eindruck ihrer empirischen Betonung liest sich die Studie, als differenziere sich die wirtschaftswissenschaftliche Tätigkeit in Forschung und Beratung, also vor allem funktional, und als wäre das Problem der Wirtschaftswissenschaft vor allem mit Blick darauf zu lösen. Dabei unbeachtet bleiben die in den hier verwendeten Daten bereits enthaltenen Differenzen: Das Handelsblatt-Ökonomen-Ranking und der Gutachter für ein Ministerium bilden bestimmte Maßstäbe ab, die von bestimmten Stellen mit bestimmten Absichten an wirtschaftswissenschaftliche Arbeit und Wirtschaftswissenschaftler angelegt werden. Um in den Blick zu bekommen, was von der sichtbaren Empirie verdeckt wird, vielleicht auch verdeckt werden soll, bietet sich die feldtheoretische Analyse an. Bezogen auf die universitäre Volkswirtschaftslehre zeigt sich aus dieser feldtheoretischen Perspektive, dass die in der hier diskutierten Studie herausgearbeitete Arbeitsteilung zwischen Spitzenforschung und Politikberatung viel effizienter ist als gedacht: Der Clou dieser Arbeitsteilung, so die im Folgenden entwickelte These, ist die Konzentration von Macht.

## **2. Die Arbeitsteilung der Macht**

Für zur wissenschaftlichen Untersuchung abgesteckte Gebiete – etwa das der Wissenschaft oder auch einer wissenschaftlichen Disziplin – hat der französische Soziologe Pierre Bourdieu den Begriff des Feldes und eine Theorie und Methodik der

Feldanalyse entwickelt.<sup>3</sup> Ein solches Feld ist insbesondere gekennzeichnet durch die Verteilung des in ihm geltenden Kapitals,<sup>4</sup> womit das ökonomische Kapital ebenso gemeint ist wie das soziale, kulturelle oder auch symbolische Kapital: nutzbringende Beziehungen, anerkannte Bildung, ein „guter Ruf“ sind hier beispielhaft zu nennen. Gleichwohl spielt das ökonomische Kapital – in kapitalistischen Gesellschaften allemal – eine herausragende Rolle, weshalb die in einem Feld agierenden Akteure an der Optimierung ihres vorhandenen Kapitals ebenso interessiert sind wie auch daran, nicht-ökonomisches in ökonomisches Kapital zu transferieren (Bourdieu 2005: 70f.). Wie das ökonomische Kapital sind aber auch alle anderen Kapitalarten ungleich verteilt; deshalb sind Felder außerdem durch Kämpfe um die Maximierung des Kapitals und um die Deutungshoheit darüber, welche Kapitalart die in diesem Feld dominierende ist, gekennzeichnet. Über diese internen Kämpfe hinaus wirken zudem externe Kräfte, sog. Felder der Macht auf die Funktionsgesetze eines Feldes ein. Ein solches Macht-Feld setzt sich zusammen aus Akteuren, die über gerade die Kapitalarten verfügen, die nötig sind, um ein bestimmtes Feld beherrschen zu können; innerhalb jedes Macht-Feldes wiederum wird um die Beherrschung des begehrten Feldes gerungen (Bourdieu 1998a: 51).

Die Kapitalausstattungen innerhalb eines Feldes bestimmen also die Stellungen der Akteure in diesem Feld und infolgedessen die Relationen, in denen diese Akteure zueinander stehen. Die Kapitalverteilung bestimmt somit auch die Struktur und die Machtverhältnisse eines Feldes, die ihrerseits auf die Akteure zurückwirken, und zwar umso zwingender, je geringer deren verhältnismäßige Kapitalausstattung ist (Bourdieu 1998b: 21).

Das wissenschaftliche Feld beschreibt Bourdieu (1998b: 31) als einen Ort von zweierlei Arten von Macht, denen wiederum zwei Kapitalsorten entsprechen: das „reine“ wissenschaftliche und das „institutionalisierte“ wissenschaftliche Kapital. Ersteres wird akkumuliert durch wissenschaftliche Beiträge, Entdeckungen, Erfindungen bzw. durch das Maß, das diesen als wissenschaftliche Leistung durch die Anerkennung „unter Gleichen“ zukommt. Das reine wissenschaftliche Kapital entspricht somit im Wesentlichen der in der hier diskutierten Studie beschriebenen Spitzenforschung. Demgegenüber ist das institutionalisierte wissenschaftliche Kapital verknüpft „mit der Besetzung herausgehobener Stellen in wissenschaftlichen Institutionen, mit der Leitung von Forschungseinrichtungen und Abteilungen, der Mitgliedschaft in Kommissionen, mit Gutachtertätigkeiten und mit der dadurch eingeräumten Macht über Produktionsmittel (Verträge, Gelder, Posten usw.) und Reproduktionsmittel (die Macht, über Karrieren zu entscheiden oder Karrieren zu ‚machen‘)“ (ebd.: 31). Zwar ist für die Akkumulation von institutionalisiertem wissenschaftlichem Kapital zunächst erworbenes reines wissenschaft-

<sup>3</sup> Die Feldtheorie stellt dabei nur einen Aspekt der gesamten Denk- und Arbeitsweise Bourdieus dar; zu seinem Gesamtwerk vgl. etwa Bourdieu & Wacquant 2006; Barlösius 2006; in Bezug auf das Feld der universitären Volkswirtschaftslehre auch Sander 2013.

<sup>4</sup> Die verschiedenen Kapitalarten stellen wiederum nur einen, wenn auch wesentlichen Aspekt einer Feldanalyse dar; ein weiteres wesentliches Moment ist bspw. der sog. Habitus; vgl. ebenfalls etwa Bourdieu & Wacquant 2006.



liches Kapital notwendig, also der Erwerb von „unter Gleichen“ anerkannter Wissenschaftskompetenz; generell ist das eine Kapital aber nur auf Kosten des anderen zu erringen, allein schon aus zeitlichen Gründen. Dieses Entweder-oder des Kapitalerwerbs kann eine Erklärung für die Beobachtung sein, dass die einmal geglückte Kapitaltransformation dann keiner weiteren Erfrischungen durch reines wissenschaftliches Kapital mehr bedarf (Barlösius 2008: 257). Während das reine wissenschaftliche Kapital also disziplinspezifisch und an die Person geknüpft ist, hievt der Besitz von institutionalisiertem wissenschaftlichem Kapital über die wissenschaftliche Disziplin hinaus in Positionen, in denen Wissenschaftler u. a. wissenschaftspolitisch tätig werden (ebd.: 260f.). An den äußersten, das heißt den entscheidenden Polen des wissenschaftlichen Feldes finden sich somit einerseits die Inhaber eines hohen Maßes an reinem wissenschaftlichem Kapital, aber mit geringer (in diesem Sinne spezifischer) politischer Macht und andererseits die Inhaber von starkem (spezifischem) politischem Gewicht, aber schwachem wissenschaftlichem Kredit, namentlich bspw. die „Wissenschaftsbürokraten“ (Bourdieu 1998b: 34).

Zwar nehmen politikberatende Ökonomen nicht zwingend auch eine innerhalb ihrer Universität institutionell herausgehobene Stellung ein; sie sind aber auch keine Forscher (gleich ob Grundlagen- oder angewandte Forschung) im Sinne des reinen wissenschaftlichen Kapitals: Insbesondere das Verfassen von Gutachten und Stellungnahmen für Ministerien, Berichte des Sachverständigenrats der Bundesregierung oder auch die direkte mündliche Beratung sind keine wissenschaftlichen Leistungen, die ihre Weihen durch die Anerkennung „unter Gleichen“ erfahren, sondern sie werden gemessen in den Kriterien der Ratsuchenden, mithin der politischen Akteure. Ausgehend von der Überlegung, dass das institutionalisierte wissenschaftliche Kapital eine Brücke zu außerwissenschaftlichen Feldern, etwa zum staatlichen Feld darstellt (Barlösius 2008: 260), ist dies auch für die wissenschaftliche Politikberatung zutreffend: nicht in den Institutionen der Universitäten, aber in den Institutionen der „weltlichen“ Macht, so etwa den Medien und Ministerien der Politik, entfaltet diese ihr Potenzial und transformiert mehr und mehr ihr einmal erworbenes reines wissenschaftliches Kapital in die hier institutionell gültige Währung – bis hin zur „Abdankung der Wissenschaft“ (Bourdieu 1998b: 45). Den Mechanismen des institutionalisierten wissenschaftlichen Kapitals im Wesentlichen folgend, soll die Politikberatung, wie sie die hier diskutierte Studie definiert, im Folgenden als eine Form dieses Kapitals gelten.

Die Differenz zwischen den beiden Machtpolen des wissenschaftlichen Feldes bzw. des Kräfteverhältnisses innerhalb einer wissenschaftlichen Disziplin geht umso tiefer, je weniger autonom dieses Feld resp. die Disziplin gegenüber äußeren Mächten ist – in Bezug auf die Wissenschaft bezeichnet dies insbesondere die Autonomie gegenüber ökonomischen und politischen Mächten (ebd.: 30, 36ff., 46f.). Das Schwinden gerade dieser Autonomie aber wird der Wissenschaft und so auch der Volkswirtschaftslehre in Deutschland aktuell attestiert.

### 3. Kapital und Macht im volkswirtschaftlichen Feld

Die Debatte um „Methode vs. Inhalt“ resp. „Grundlagen- vs. angewandte Forschung“ im wirtschaftswissenschaftlichen Feld beinhaltet einen Aspekt, der in der hier diskutierten Studie als Fußnote (Haucap & Mödl 2013: 1) erscheint, andernorts aber durchaus im Haupttext debattiert wird, nämlich die Frage nach den in dieser Disziplin überhaupt (noch) vorzufindenden Theorien, Modellen, Methoden. In der Kritik steht die mittlerweile ausgeprägt einseitige Ausrichtung der Volkswirtschaftslehre, derzeit in Gestalt des neoklassischen Paradigmas, dem sich sowohl die ökonomischen Forscher wie auch die politikberatenden Wirtschaftswissenschaftler zu großen Teilen verschrieben haben (Heise 2007: 1). Definiert als das Paradigma einer Markt- und Tauschwirtschaft, wird es erkennbar als Summe seiner vier starren Implikationen: dem Postulat „eines allgemeinen Marktgleichgewichts in seinem klassischen (Say'sches Gesetz) oder neoklassischen Gewand (Walras-Gesetz)“, dem monetären „Neutralitätspostulat (klassische Quantitätstheorie) mit seiner impliziten Dichotomie einer realen und einer monetären ökonomischen Sphäre“, dem „Politikineffektivitätspostulat (Ricardo-Barro-Äquivalenztheorem)“ und dem „Wohlfahrts- bzw. Harmoniepostulat“ (ebd.: 3). Das Gegenstück dieser Orthodoxie, die volkswirtschaftliche Heterodoxie ist gekennzeichnet „durch die Ablehnung einiger (oder aller) der Mainstream-Axiome, die methodologische Offenheit für weniger formale, narrative Deduktionen und auch induktive Verfahren und, folgerichtig, die Zurückweisung der Stabilität und Optimalität der marktlichen Koordinierungslösung (Zurückweisung des Walras-Gesetzes)“; der Postkeynesianismus, die neomarxistische Regulationstheorie und sozialökonomische Theorien sind Beispiele einer heterodoxen Volkswirtschaftslehre (Heise 2013: 8).

Verbunden mit der Forderung nach einer heterodoxen Volkswirtschaftslehre stellt sich die Frage nach den Katalysatoren und Reproduktionsmechanismen des orthodoxen Paradigmas. Die Untersuchungen dessen beschäftigen sich insbesondere auch mit dem Zustandekommen und der Wirkung von Messapparaten für wissenschaftliche Leistung, also bspw. mit dem Zustandekommen und der Wirkung von Rankings für „Spitzenforschung“, wissenschaftliche „Lebensleistung“, universitäre „Spitzenstandorte“ u.ä. (Deumelandt & Heise 2014; Münch 2009, 2008, 2006). Dabei gilt die stetige Bedeutungszunahme dieser Rankings als Folge einer zunehmenden Ökonomisierung, wie sie inzwischen auch Universitäten und Wissenschaft erfasst hat. Eine Ausprägung dieser Ökonomisierung ist die um sich greifende Drittmittelfinanzierung von Forschung, also die Notwendigkeit, Forschungsabsichten in den Wettbewerb um verfügbare Forschungsgelder zu stellen. Ob dann aus Mitteln wissenschaftsinterner Organisationen wie der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG), die ihre Mittel vor allem von Bund und Ländern erhält, aus dem Fördertopf einer Stiftung oder aus privatwirtschaftlicher Hand finanziert: In jedem Fall ist die Vergabe der Mittel an bestimmte Kriterien geknüpft, nach denen die eingereichten Anträge bewertet werden. Ein solches und maßgebliches Kriterium stellen etwa die Publikationen der Antragsteller dar. Bewertet wird dabei nicht nur die Menge an Veröffentlichungen, sondern vor allem auch, wo publiziert

wurde; am Ende dieser Kette wird schließlich ein häufiges Publizieren in den höchst gerankten Journals zum Indikator wissenschaftlicher Spitzenleistung.

Die Kriterien der Drittmittelvergabe, die Kriterien der Bewertung von Journals und die Kriterien der Aufnahme von wissenschaftlichen Arbeiten in die Journals stehen also im Verhältnis zueinander; und Analysen dieser Verhältnisse kommen u. a. zu dem Schluss, dass Evaluationen und Rankings als Orte der Macht und ihrer Verstetigung verstanden werden können (Münch 2009, 2008). Wortmeldungen, die darauf hinweisen, dass es immer noch die Wissenschaftler sind, die über den Inhalt ihrer Journals entscheiden (Peer Review Verfahren), greifen somit zu kurz. Die Rahmenbedingungen, unter denen Wissenschaftler heute arbeiten, sind zwar als „selbstreferenzielle Prozesse innerhalb der Scientific Community“ zu verstehen, „die allerdings zunehmend durch vorgeblich auf ‚Exzellenzsicherung‘ bedachte Anreizsysteme verstetigt werden“ (Heise 2011: 17). Explizit in Bezug auf das Handelsblatt-Ökonomen-Ranking, auf das sich die hier diskutierte Studie als Datenbasis stützt, bedeutet dies beispielsweise, dass dort „der wissenschaftlich gesicherte Mainstream aufgrund der besonders hohen Bewertung seiner so genannten Top- oder ‚Core-Journals‘ systematisch höher eingeschätzt wird als ‚Abweichler‘ innerhalb des Mainstreams oder gar des Non-Mainstreams (also die heterodoxe Ökonomik)“, weil deren Heuristik und Methodik den herrschenden Kriterien eben nicht entsprechen (Deumelandt & Heise 2014: 50). Zu diesen Core-Journals zählen auch eben die, in denen die hier diskutierte Studie nach wirtschaftspolitisch relevanten Fragestellungen in wirtschaftswissenschaftlicher Forschung fahndete: das *Journal of Political Economy* platziert das Handelsblatt-Ranking VWL „Journalliste 2010“ auf Rang 6, die *American Economic Review* auf Rang 1, das *Quarterly Journal of Economics* auf Rang 8, das *Economic Journal* auf Rang 13 und das *Journal of the European Economic Association* auf Rang 28; insgesamt gelistet sind in dem Ranking 1250 Journals (Handelsblatt 2010). Gesucht und nicht gefunden wurde wirtschaftspolitische Relevanz somit vornehmlich im Mainstream-Paradigma. Ein Umdrehen der Journal-Gewichtungen, wie es das „Alternative VWL-Ranking“ von Deumelandt/Heise (2014: 51) auf Basis des Handelsblatt-VWL-Rankings 2013 demonstriert,<sup>5</sup> brächte neue Suchfelder in den Blick.

#### 4. Die Arbeitsteilung der Orthodoxie

Wenn institutionalisiertes wissenschaftliches Kapital und reines wissenschaftliches Kapital sich wechselseitig bedingen, wenn insbesondere das reine wissenschaftliche Kapital Grundvoraussetzung für die Akkumulation institutionalisierten wissenschaftlichen Kapitals ist, und wenn in der deutschen universitären Volkswirtschaftslehre ein Paradigma derart dominiert, dass es wissenschaftliche Anerkennung oder Unsichtbarkeit diktiert, liegt die Vermutung nahe, dass Spitzenforscher und Politikberater aus

<sup>5</sup> Dieses alternative Ranking dreht die Wertigkeit der im Handelsblatt-Ranking gelisteten Journals um: die als „heterodox“ eingestuften Journals erhalten nun die höchsten, die als „Mainstream-Journals“ eingestuften Journals erhalten niedrigere Werte.

ein und derselben paradigmatischen Schule kommen: Es können dann nur diejenigen Wissenschaftler Machtpositionen ihres Feldes einnehmen, die dem in dieser Disziplin dominierenden Paradigma entsprechen. Spitzenforschung (reines wissenschaftliches Kapital) und Politikberatung (institutionalisiertes wissenschaftliches Kapital) werden somit zwar funktional unterschiedliche Tätigkeiten, die aber innerhalb desselben Paradigmas wirken und somit eine Arbeitsteilung – und infolgedessen Verstetigung – eben dieses Paradigmas darstellen.

Aus dieser feldtheoretischen Perspektive heraus betrachtet, werfen die in der hier diskutierten Studie gewonnenen Erkenntnisse vor allem neue Fragen auf. (Wie) kann es bspw. sein, dass es der Spitzenforschung an wirtschaftspolitischer Relevanz fehlt, wenn Spitzenforschung und Politikberatung aus einem paradigmatischen Guss sind? Und ausgehend davon, dass das institutionalisierte wissenschaftliche Kapital ein bestimmtes Vermögen an reinem wissenschaftlichem Kapital voraussetzt, ist zu fragen, warum die heutigen wirtschaftswissenschaftlichen Politikberater auch vor dem Jahre 2005 nicht unter den Top 100 des Handelsblatt-Rankings VWL, also unter den aktuellen Spitzenforschern zu finden sind – wann und wie haben sie ihr nötiges „Kleingeld“ in Form reinen wissenschaftlichen Kapitals erworben? Zu fragen ist zudem nach der Korrelation von parteipolitischen und wirtschaftswissenschaftlichen Paradigmen: (Wie) kann ein Paradigma, etwa das neoklassische, über regierungspolitische Wechsel – so etwa den Regierungswechsel in Deutschland im Jahre 2005 – hinweg bestehen?

Eine erste mögliche Erklärung für die erste Fragestellung findet sich in der Kritik der derzeitigen Mainstream-Volkswirtschaftslehre, wonach dem neoklassischen Paradigma selbst die wirtschaftspolitische Irrelevanz bereits innewohnt (so etwa Krugman 2009; zusammenfassend Heise 2009: 846). Zur Untersuchung dieser These wird es ergänzend zur hier diskutierten Studie nötig sein, den Begriff „wirtschaftspolitisch relevant“ exakt zu definieren und daran auch die Politikberatung zu messen. Eine erste These zur zweiten Fragestellung lautet, dass für die Transformation in institutionalisiertes wissenschaftliches Kapital weniger reines wissenschaftliches Kapital nötig ist, als es das Handelsblatt-Ökonomen-Ranking für die Aufnahme in die Top-Charts voraussetzt. Dies leitet über in eine erste These zur dritten Fragestellung: Möglicherweise geht es bei der Politikberatung weniger um parteipolitische Passung als um „Objektivität“, wie sie der Wissenschaft zugeschrieben und durch Wissenschaftler verkörpert wird (Weber 2005); dann würden universitäre Wirtschaftswissenschaftler, die einmal in der Politikberatung angekommen sind, in der Folge parteienübergreifend als „neutrale Instanzen“ gelten.

Zudem wäre der These nachzugehen, dass sich die Verhältnisse in Deutschland seit Bourdieu umgedreht haben: Wo die Akquisition von Finanzmitteln der Forschungsarbeit selbst vorausgeht, kann das institutionalisierte wissenschaftliche Kapital zur Voraussetzung der Generierung reinen wissenschaftlichen Kapitals avancieren.

Erste empirische Anhaltspunkte zur Untersuchung oben genannter Thesen liefert das Forschungsprojekt „Ökonomen und Ökonomie“, das derzeit am Zentrum für Ökono-

mische und Soziologische Studien (ZÖSS) der Universität Hamburg und dem Institut für die Gesamtanalyse der Wirtschaft (ICAE) der Johannes Kepler Universität Linz, finanziert von der Hans Böckler Stiftung, in Arbeit ist.<sup>6</sup> Untersucht wird hier die Entwicklung der universitären Volkswirtschaftslehre in Deutschland seit 1945 und mit besonderem Blick auf die Ursachen und Mechanismen, die zum Verschwinden der wissenschaftlichen Heterodoxie zugunsten einer monolithisch aufgestellten Volkswirtschaftslehre beigetragen haben.

Um diesen Entwicklungen nachzuspüren, werden u. a. anhand der oben genannten Kriterien die (auffindbaren) Arbeiten (Promotion, Habilitation, Lehrbücher, Aufsätze etc.) von Volkswirtschafts-Professoren an deutschen Universitäten bzw. von zuerst an eine deutsche Universität Berufenen in „orthodox“ und „heterodox“ kategorisiert. Im (zu diesem Zeitpunkt noch vorläufigen) Ergebnis sind demnach 55 Universitäts-Professoren als heterodox zu definieren, von denen 16 Personen im Jahre 2013 (letzter Erhebungszeitraum) noch aktiv sind.

Ein Vergleich dieser „Heterodoxen“ mit den von der hier diskutierten Studie als Spitzenforscher und Politikberater identifizierten universitären Ökonomen zeigt so gut wie keine Übereinstimmung. Lediglich drei Professoren werden in einem der genannten Handelsblatt-VWL-Rankings, nämlich in den „Top 250 Lebenswerk“ 2010 geführt: Professor Heinz D. Kurz (Universität Graz) auf Rang 115, Professor Bertram Schefold (Universität Frankfurt/Main) auf Rang 94 und Professor Ulrich Witt (Universität Jena) auf Rang 78.<sup>7</sup> In puncto Politikberatung sind es die Professoren Arne Heise (Universität Hamburg), Peter Kalmbach (zuletzt Universität Bremen), Jürgen Kromphardt (TU Berlin, emeritiert) und Harald Mattfeldt (zuletzt Universität Hamburg), die zwischen 2008 und 2009 einen Artikel im Wirtschaftsdienst (Heise, Kalmbach, Kromphardt) oder zwischen 2005 und 2009 politiknahe Gutachten/Stellungnahmen (Mattfeldt) verfasst bzw. mitverfasst haben (Haucap & Mödl 2013:25ff.).

Das Handelsblatt-Ranking und die hier diskutierte Studie erfassen wissenschaftlich tätige Ökonomen im gesamten deutschsprachigen Raum; die darin jeweils enthaltene Kategorie „alle Volkswirtschafts-Professoren, die an deutschen Universitäten tätig sind bzw. erstmals tätig waren“ wird allerdings nicht klein sein; die deutschsprachigen Institute jedenfalls, denen die politikberatenden Ökonomen entspringen, sind vorwiegend in Deutschland angesiedelt (Haucap & Mödl 2013: 27ff.). Zwischen den 132 als Politikberater definierten Volkswirten finden sich also vier und zwischen den Top 250

---

<sup>6</sup> Projekt „Ökonomen und Ökonomie“ des Zentrums für Ökonomische und Soziologische Studien (ZÖSS) der Universität Hamburg und des Instituts für die Gesamtanalyse der Wirtschaft (ICAE) der Johannes Kepler Universität Linz, finanziert von der Hans Böckler Stiftung; Projektnummer S-2012-575-1 B; vgl. <http://www.boeckler.de/11145.htm?projekt=S-2012-575-1%20B>.

<sup>7</sup> Für das „Handelsblatt-Ranking VWL 2010: Top 250 Forscher Lebenswerk“ beziehen Haucap/Mödl sich auf <http://tool.handelsblatt.com/tabelle/?id=23&so=3a&pc=250>, für das „Handelsblatt-Ranking VWL 2010: Top 100 Forscher aktuelle Forschungsleistung“ auf <http://tool.handelsblatt.com/tabelle/?id=27&so=1a&pc=100>, vgl. Haucap & Mödl 2013.

(Lebenswerk) Spitzenforschern drei (in Deutschland tätige bzw. zuerst tätig gewesene) als heterodox erfasste Professoren.

Würde sich dieses Bild bei weiterer Analyse so fortzeichnen, würde dies die These einer Arbeitsteilung von Spitzenforschung und Politikberatung als Arbeitsteilung der Orthodoxie in der Volkswirtschaftslehre stützen. Es ließe sich zudem daraus ableiten, dass die Chancen heterodoxer Volkswirtschafts-Professoren – wenn unter den gegebenen Bedingungen überhaupt – eher in der Politikberatung liegen; was wiederum mit der These korrespondierte, wonach eine politikberatende Tätigkeit weniger reines wissenschaftliches Kapital voraussetzt als der Aufstieg in die Spitzen der Handelsblatt-Rankings. Zu untersuchen bliebe dann immer noch, wie viel (mehr, weniger, gleich viel) Zeit ein heterodoxer Professor im Vergleich zu seinen orthodoxen Kollegen zur Akkumulation seiner Eintrittswährung benötigt.

## **5. Ein hypothetisches Fazit**

Ein feldtheoretischer Blick auf die Ergebnisse der hier diskutierten Studie lässt zwei Hypothesen zu, die eng miteinander verwoben sind. Die erste Hypothese besagt, dass die Arbeitsteilung zwischen Spitzenforschung und Politikberatung nicht die universitäre Wirtschaftswissenschaft in Gänze abbildet, sondern – bezogen auf die Volkswirtschaftslehre – lediglich die Arbeitsteilung der Mainstream-Ökonomik, derzeit in Gestalt des neoklassischen Paradigmas; dass aber gleichwohl, so die zweite Hypothese, gerade diese Arbeitsteilung diesem Paradigma zur (nahezu) Alleinherrschaft über das gesamte volkswirtschaftliche Feld verhilft, denn Spitzenforschung (verstanden als reines wissenschaftliches Kapital) und Politikberatung (verstanden als eine Form institutionalisierten wissenschaftlichen Kapitals) stellen die beiden Machtpole dieses Feldes dar, insbesondere das institutionalisierte wissenschaftliche Kapital auch die Brücke zur staatlichen Macht. Nicht von zwei Machtpolen, sondern von den Polen einer paradigmatischen Macht ist dann also richtiger zu sprechen. Auch kann von mangelnder Effizienz dieser Arbeitsteilung dann keine Rede mehr sein: Wenn auch in verschiedenen Tätigkeitsbereichen, ziehen volkswirtschaftliche Spitzenforschung und Politikberatung doch am selben paradigmatischen Strang. „Anreize“ zur Erhöhung der Effizienz dieser Arbeitsteilung würden dann lediglich das derzeitige Mainstream-Paradigma manifestieren. Wenn die Wirtschaftswissenschaft, namentlich etwa die Volkswirtschaftslehre praxisorientiertere Effekte, z.B. im Sinne einer lebensgerechteren Volkswirtschaft hervorbringen soll, wären also Anreize zur Wiederbelebung und Förderung der paradigmatischen Vielfalt und Vitalität dieser Disziplin, mithin mehr ökonomische und politische Autonomie gefragt; sowohl im Hinblick auf die Forschung wie auch mit Blick auf die Übersetzung der Forschungsergebnisse in die Praxis.

Tiefergehende Prüfungen dieser Hypothesen haben insbesondere zur Aufgabe, die Kapitalausstattungen und Stellungnahmen aller universitären Volkswirte (Professoren) zu erfassen, also deren Feldpositionen und Paradigmen trennscharf herauszuarbeiten;

dann wären nicht nur die im Lichte von Handelsblatt-Ranking und Politik agierenden Ökonomen erfasst, sondern auch die in deren Schatten agierenden – und es würde nicht allein ermittelt, ob die wirtschaftspolitisch relevanten Fragestellungen in der wirtschaftswissenschaftlichen Forschung vorkommen, sondern vielmehr, wie darüber, was als wirtschaftspolitisch relevant und als Spitzenforschung gilt, eigentlich entschieden wird. Zu besprechen bleibt in diesem Kontext dann auch das der hier diskutierten Studie implizite Wissenschafts- und Wissenschaftlerbild: die unmittelbare Anwendbarkeit von Forschungsleistung verbunden mit der Voraussetzung, dass Forscher ihre Arbeitsergebnisse prinzipiell problemlos in Beratungsleistung umwandeln können (ebd.: 19f.). Demgegenüber gibt es begründete Annahmen, dass Erkenntnisproduktion und deren Verbreitung – die selbstverständlich nur gelingen kann, wenn die „Produkte“ von den „Zielgruppen“ verstanden werden – nicht in einer Person zu verorten sind. Zum Beispiel, weil Forscher abgesehen von der dafür nötigen Zeit auch nicht unbedingt über die Kompetenz verfügen, ihre Arbeiten einer breiten Öffentlichkeit verständlich zu machen, also etwa komplexe Sachverhalte oder verzahnte, auch mit anderen Denkern verzahnte Gedankengänge „einfach“ darzustellen (Bourdieu 2005: 144f.). Ebenso ist das wissenschaftliche Denken nicht unbedingt „mit Angaben der Alltagstopologie“, etwa der tagesaktuell wirtschaftspolitischen Relevanz zu bestimmen und nicht unbedingt als „innere Reproduktion des Stimmengewirrs auf dem Markt“ zu verstehen (Sloterdijk 2010: 53, 55; auch mit Bezug auf Arendt 1989: 193ff.). Es bleibt zu fragen, ob politisch machtvolle Forscher oder sich als Wissenschaftler verstehende Akteure der Politik wünschenswerte Erscheinungen sind.

In diesem Sinne verstanden als Ermunterung zur weitergehenden Forschung, nicht als empirischer Ausgangspunkt mit Lizenz zum Handeln, kann die hier diskutierte Studie zu einem umfassenderen Bild der universitären Volkswirtschaftslehre beitragen, gerade auch im Sinne des Einflusses dieser Disziplin auf politische Entscheidungen, die schließlich auch auf die Wissenschaft, so auch die Wirtschaftswissenschaft wieder zurückschlagen.

## Literaturverzeichnis

- Arendt, Hannah 1989. *Vom Leben des Geistes: Das Denken*. München/Zürich: Piper.
- Barlösius, Eva 2006. *Pierre Bourdieu*. Frankfurt/Main: Campus Verlag.
- Barlösius, Eva 2008. *Urteilsgewissheit und wissenschaftliches Kapital*, in Matthies, Hildegard & Simon, Dagmar (Hg.): *Wissenschaft unter Beobachtung: Effekte und Defekte von Evaluationen*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / GWV Fachverlage GmbH Wiesbaden, 248–264.
- Bourdieu, Pierre 1998a. *Praktische Vernunft: Zur Theorie des Handelns*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bourdieu, Pierre 1998b. *Vom Gebrauch der Wissenschaft: Für eine klinische Soziologie des wissenschaftlichen Feldes*. Konstanz: UVK.
- Bourdieu, Pierre 2005. *Die verborgenen Mechanismen der Macht*. (Schriften zu Politik & Kultur, 1). Hamburg: VSA-Verlag.
- Bourdieu, Pierre & Wacquant, Loïc J. 2006. *Reflexive Anthropologie*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Deumelandt, Kathrin & Heise, Arne 2014. *And the winner is... Von Rankings und Ökonomen-Hitparaden: Einige provokante Überlegungen*. Momentum Quarterly Zeitschrift für Sozialen Fortschritt 3 (1), 48–57.
- Handelsblatt 2010. *Handelsblatt-Ranking Volkswirtschaftslehre. Journalliste 2010*. URL: <http://tool.handelsblatt.com/tabelle/?id=33> [Stand 2014-06-13].
- Hans Böckler Stiftung 2014. *Forschungsprojekt "Ökonomen und Ökonomie"*. URL: <http://www.boeckler.de/11145.htm?projekt=S-2012-575-1%20B> [Stand 2014-08-16].
- Haucap, Justus & Mödl, Michael 2013. *Zum Verhältnis von Spitzenforschung und Politikberatung.: Eine empirische Analyse vor dem Hintergrund des Ökonomenstreits*. DICE Ordnungspolitische Perspektiven: Düsseldorf.
- Heise, Arne 2007. *Ende der neoklassischen Orthodoxie? Wieso ein methodischer Pluralismus gut täte*. Wirtschaftsdienst 87 (7), 442–449.
- Heise, Arne 2009. *Toxische Wissenschaft? — Zur Verantwortung der Ökonomen für die gegenwärtige Krise*. Wirtschaftsdienst 89 (12), 842–848.



- Heise, Arne 2011. *When the facts change, I change my mind...: Neuere Entwicklungen in der weltweiten Wissenschaftsgemeinschaft der Ökonomen und die Situation in Deutschland*. ZÖSS Discussion Papers 22: Hamburg; auch erschienen in: Krause, Günter (Hg.) 2011: *Kapitalismus und Krisen heute – Herausforderungen für Transformationen*. Berlin: trafo Wissenschaftsverlag, 123-141.
- Heise, Arne 2013. *Die Perspektiven der Erneuerung der Wirtschaftswissenschaft in einem Lakatos-Bourdieu-Analyserahmen*. ZÖSS Discussion Papers 39: Hamburg.
- Krugman, Paul 2009. *How Did Economists Get It So Wrong?* The New York Times Magazine September 2, 2009. URL: [http://www.nytimes.com/2009/09/06/magazine/06Economic-t.html?pagewanted=all&\\_r=1](http://www.nytimes.com/2009/09/06/magazine/06Economic-t.html?pagewanted=all&_r=1) [Stand 2014-06-04].
- Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft. *Wirtschaftsdienst. Zeitschrift für Wirtschaftspolitik*. Hamburg. URL: <http://www.wirtschaftsdienst.eu/index.php> [Stand 2014-06-11].
- Münch, Richard 2006. *Die Entsorgung wissenschaftlicher Kreativität: Latente Effekte der kennzifferngesteuerten Mittelverteilung im akademischen Feld*. die hochschule 2/2006, 98–122.
- Münch, Richard 2008. *Stratifikation durch Evaluation: Mechanismen der Konstruktion von Statushierarchien in der Forschung*. Zeitschrift für Soziologie 37 (1), 60–80.
- Münch, Richard 2009. *Die Konstruktion der soziologischen Realität durch Forschungs-rating*. Berliner Journal für Soziologie 19 (2), 295-319.
- Sander, Henrike 2013. *Die Entwicklung der Heterodoxie in der universitären Volkswirtschaftslehre: Erste Annäherung an eine Feldanalyse in den Begriffen Pierre Bourdieus*. ZÖSS Discussion Papers 41: Hamburg.
- Sloterdijk, Peter 2010. *Scheintod im Denken. Von Philosophie und Wissenschaft als Übung*. Berlin: Suhrkamp.
- Weber, Beat 2005. *Das umkämpfte Feld der Wirtschaftsexpertise: WirtschaftsexpertInnen und Wirtschaftspolitik im gesellschaftlichen Wandel*. Kurswechsel (4), 45–64.

